

JAHRBUCH

DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Konflikte

Gesellschaft und
Politik demokratisch
gestalten

Herausgegeben von Wolfgang Beutel und Markus Gloe

LESEPROBE

dehns
PÄDAGOGIK

2024/25

Wolfgang Beutel, Markus Gloe (Hg.)

Konflikte

Gesellschaft und Politik demokratisch gestalten

Wolfgang Beutel, Markus Gloe (Hg.)

Konflikte

Gesellschaft und Politik demokratisch gestalten

2. Jahrbuch Demokratiepädagogik &
Demokratiebildung

Mit Beiträgen von: Nils Berkemeyer, Wolfgang Beutel, Julia Eiperle, Christian Gaum, Philipp Glanz, Markus Gloe, Ahmmad Haase, Reinhold Hedtke, Fabian Heindl, Richard Heise, Steve Kenner, Anne Kruck, Kristin Pröger, Alexander Ratzmann, Christiane Ruberg, Thomas Schlag, Falko Schumpich, Hans-Wolfram Stein, Katjuscha von Werthern

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Reihe „Jahrbuch für Demokratiepädagogik & Demokratiebildung“ wird herausgegeben von:
Silvia-Iris Beutel, Wolfgang Beutel, Matthias Busch, Markus Gloe und Christiane Ruberg

© Debus Pädagogik Verlag
Frankfurt/M. 2024

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2024

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Umschlagbild: ©iStock.com/ipuwadol
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Print-ISBN 978-3-95414-211-8
PDF-ISBN 978-3-95414-212-5
ISSN: 2941-3508
e-ISSN: 2941-3516
<https://doi.org/10.46499/2277>

Inhalt

WOLFGANG BEUTEL, MARKUS GLOE

Demokratiebildung und Demokratiepädagogik: Zur Lücke zwischen politischer Rhetorik und fachlicher Expertise. Ein Editorial 8

I. Schwerpunkt: Konflikt

WOLFGANG BEUTEL, MARKUS GLOE

Konflikt: Zur Aktualität einer Grundkategorie der Demokratie 21

JULIA EIPERLE, MARKUS GLOE

Demokratiebildung in Zeiten des Krieges 37

RICHARD HEISE

Parallele Wahrheitswelten der „Querdenken-Bewegung“:
Demokratiepädagogische Konsequenzen eines Konflikts
um die Wirklichkeit. 52

STEVE KENNER

Klimawandel und Klimapolitik – ein Generationenkonflikt?
Implikationen für eine transformative und adultismuskritische Bildung . . 70

REINHOLD HEDTKE

Arm und Reich: Zur Bedeutung ökonomischer Ungleichheit
für die Demokratiebildung 82

THOMAS SCHLAG

Religionsbezogene Konflikte und demokratische (Religions-)Pädagogik . . 100

NILS BERKEMEYER, PHILIPP GLANZ

Konflikte der Demokratie – Demokratiepädagogik ohne Konflikt?
Perspektiven der schulischen Demokratieerziehung im Anschluss
an Klafki und Forst 116

II. Praxis

CHRISTIANE RUBERG, FALKO SCHUMPICH

Der Konflikt als Grundbegriff demokratiepädagogischer Praxis:
Projektanalysen des Wettbewerbs „Demokratisch Handeln“ 133

ANNE KRUCK

Friedensbildung an Schulen – Grundlagen, Praxiseinblicke
und aktuelle Themen 145

FABIAN HEINDL

Konfliktanalyse: Fachdidaktische Analyse und Skizzierung
am Beispiel des Taiwan-Konflikts 155

KATJUSCHA VON WERTHERN

Konflikte im Demokratischen Schulentwicklungsprozess 163

HANS-WOLFRAM STEIN

Bremer Schüler_innen initiieren neue Landesgesetze zum Wahlrecht
und zum Ausbildungsfonds. 175

ALEXANDER RATZMANN, CHRISTIAN GAUM

Bewegte Konsensfindung – eine erfahrungstheoretische Figur
fachlicher Demokratiebildung im Bewegungs- und Sportunterricht 187

III. Forum

KRISTIN PRÖGER

Die Verfassungsschüler 2.0 – Bilanz eines Projektes der aufsuchenden
Demokratiearbeit. 209

MARKUS GLOE, AHMMAD HAASE, FABIAN HEINDL

Es gibt noch viel zu tun ... Service-Learning in Deutschland,
Griechenland, Österreich, Portugal und Rumänien 222

Autor*innen 236

Konflikt: Zur Aktualität einer Grundkategorie der Demokratie

1. Konflikt und Demokratie? Eine Hinführung

Demokratie klingt positiv – zumindest in den Ohren der Autoren dieses Artikels, sicherlich aber auch in der fachlichen Community der politischen Bildung, überhaupt in den Gesellschaften der westlichen Welt, deren politische Leitbilder sich der Demokratie verschrieben haben. Dies hat gute Gründe: In den verschiedenen Spielarten der Demokratie gilt die Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und Rechtsprechung, die damit verbundene Rechtssicherheit, sowie das Institut der allgemeinen, freien und geheimen Wahlen. Die Einhegung von Gewalt, die Dominanz von Recht und Freiheit sind Grundlagen. Hinzu kommen die Gültigkeit und Klarheit von Grundrechten sowie die Pluralität von Lebensverhältnissen und Lebensentwürfen: Anerkennung und Diversität sind basale Pfeiler. Die Unverletzlichkeit von Wohnung und Kommunikation, die Freizügigkeit sowie das freie Wort in Presse, Medien und den verschiedenen Gesellungsformen, die die moderne Gesellschaft entwickeln konnte, sind besonders bedeutsame Errungenschaften demokratischer Gesellschaften und Politik.

Auch die Priorisierung von Menschenrechten vor nationalen, kulturellen oder ethnischen Engführungen ist ein politisches Pfund der Demokratie – wenngleich in jüngerer Zeit eben dies auch ein Punkt sein kann, an dem sie in besonderer Weise ihren Bürger*innen Anstrengungen mentaler, praktischer und auf das Verstehen komplexer Verhältnisse gerichteter Art zumutet. Anders gesprochen: An dieser unter Aspekten der Aufklärung gewinnbringenden Errungenschaft wenden sich bisweilen die Verhältnisse gegen die Demokratie selbst – gewinnen vereinfachende, Angst und Befürchtungen bei den Menschen ansprechende Erklärungsmuster und populistische Parteilichkeit an. Zuspruch: Demokratie gefährdet sich potenziell aus sich selbst heraus.

Hinzu tritt das Problem, das in jenem nach dem Verfassungsrechtler nach Ernst-Wolfgang Böckenförde benannten Diktum bekannt geworden ist: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (1967/1976, 112). Der moderne Staat beruht deshalb auf

moralischen und sozialen Normen, um zu funktionieren. Er benötigt die Bereitschaft der Bürger*innen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und sich freiwillig gesellschaftlich zu engagieren. Denn dieses prodemokratische Engagement und die zugrundeliegende Wertebasis kann der Staat selbst nicht durch Gesetze erhalten. Die entsprechenden Tugenden der Bürger*innen können nicht erzwungen werden, ohne die Freiheit, die der Staat zu schützen vorgibt, zu untergraben. Er ist somit auf etwas angewiesen, was außerhalb seiner direkten Kontrolle liegt: das soziale und moralische Verhalten seiner Bürger*innen. Hier wird zugleich der freiheitliche Charakter der Demokratie sichtbar, denn der demokratisch verfasste Staat kann und darf nicht alles kontrollieren.

Jedoch nicht nur wegen des aktuell in den westlichen Demokratien allseits aufblühenden Populismus – er ist kein demokratisches Korrektiv, wie bisweilen behauptet wird, sondern in seinen Prinzipien geradezu antidemokratisch – ist die Demokratie gefährdet. Vielmehr ist sie auch umstritten. Betrachtet man Demokratie aus einer anderen Perspektive als der hier gewählten, kann man sie auch fast konträr beschreiben: Demokratie ist dann voller Mängel, sie hat Lähmungserscheinungen gerade in der für sie in komplexen Gesellschaften zwingend notwendigen Bürokratie, welche Kommunikation begrenzen, Verstehen einschränken und Entscheidungen verzögern, bisweilen gar verhindern kann. Gemessen an der scheinbaren Effizienz autokratischer Systeme ist die Demokratie langsam, uneindeutig, voller Kontroversen, Streit und Konflikt.

Mit diesem letzten Punkt jedoch wird es nicht nur demokratietheoretisch, sondern auch in Blick auf den politischen Prozess und die subjektiv-individuellen Verstehensweisen dieser Vorgänge in der Demokratie besonders interessant: Denn eines ihrer zentralen Wesensmerkmale liegt in dem ihrer Grundstruktur eigenen Zug, den Konflikt, die Kontroverse und den Streit als entscheidende Elemente politischer Entscheidungsprozesse in den Parlamenten und zwischen den politischen Parteien, aber auch in der medialen Öffentlichkeit und in der sie tragenden Zivilgesellschaft zu erkennen. Die dem Streit und Konflikt grundsätzlich innewohnenden Aspekte purer, gar lebensgefährdender Gewalt sind im „Gewaltmonopol“ des Staates und dessen rechtlicher Einhegung in der Demokratie entschärft, ja geradezu überwunden.

Man kann zusammenfassend sagen: Demokratie ist gerade dann, wenn es Kontroversen, Streit und eben auch Konflikte gibt – wobei diese Entscheidungen menschlichen Gegeneinanders entsprechend zivilisierte Formen angenommen haben, auch das ist ein Verdienst der Demokratie. Dies gilt auch entgegen allen aktuell oft ausgesprochenen Diagnosen einer „gespaltenen Gesellschaft“, für die Mau et al. das Bild eines Kamels mit zwei Höckern gewählt haben:

„Der Polarisierungsdiskurs zeichnet das Bild eines Großkonflikts, in dem die Verteilung der Meinung dem Rücken eines Kamels gleicht: links und rechts zwei Höcker, dazwischen ein tiefes – und sich weiter vertiefendes Tal: Die gesellschaftlichen Mittelpositionen erodieren, die Ränder wachsen“ (Mau et al. 2023, 379). Allerdings widerlegt der Studie von Mau et al. das Bild der gespaltenen Gesellschaft. Auch wenn es große soziale Debatten gibt, zeichnet die Gesellschaft sich doch durch einen weitreichenden Konsens im Hinblick auf die grundlegenden Leitvorstellungen wie Wohlfahrt, Klimaschutz oder Toleranz aus (ebd., 381). Die Soziologen kommen zu dem Schluss „Auch bei besonders hitzigen Auseinandersetzungen handelt es sich bei näherer Betrachtung oft um Verhandlungen über die Bedingungen eines breit geteilten *impliziten Gesellschaftsvertrags* – und nicht um Fundamentaloppositionen, anhand derer sich Menschen in unversöhnlichen Lager sortieren. Konflikthaftigkeit und Spaltung sind also eindeutig zwei Paar Schuhe. Konflikt ist nicht zwangsläufig desintegrativ, sondern kann den Zusammenhalt auch stärken.“ (ebd., 382, Hervorh. i. O.). Man kann die Argumente also wenden und drehen: Der Konflikt ist der Demokratie nicht schädlich – und die Triebkräfte des Populismus, der Enttäuschung über die Demokratie lassen sich eher im Bild der Spaltung und der dieser zugrundeliegenden sozialen Disparitäten sowie unterschiedlich ausgeprägten Formen von Anerkennung und Verstehen diskutieren.

2. Konflikt als Zentrum der Demokratie

Dabei hat der Konflikt als Grundbestandteil der Demokratie, aber auch der menschlichen Verständigung generell, noch weitere verwandte Erscheinungsweisen, die einer genaueren Betrachtung wert sind: die Kontroverse, den Streit, den Kompromiss, letztlich die andauernde Unmöglichkeit, in allen Fällen zu vernünftigen oder gar einvernehmlichen Lösungen zu gelangen. Lösungen zu finden, mag oft gelingen, weil die moderne demokratische Politik entsprechende Verfahren und Handlungsformen entwickelt hat. Doch nicht immer gibt es die Lösung und die solchen Lösungen zugrundeliegenden Konflikte können auch nicht immer im Kompromiss befriedet werden.

Wir können festhalten: Das Gegeneinander, das Ringen um Lösungen, der bewusste und gut instrumentierte, dann oft auch produktive Streit ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. So gesehen hat der Konflikt eine „integrative Funktion“, die ihn in besonderer Weise wiederum „attraktiv macht“ (Nassehi 2023, 176), wobei der Preis für diese Integrationskraft meist die Polarität zweier

gegensätzlicher Lösungswege oder Optionen ist: „Das politische System [...] vor allem in Demokratien, ist geradezu von dem Konflikt zwischen Regierung und Opposition geprägt“ (ebd., 178).

Dieser grundlegende Tatbestand bringt es zugleich mit sich, dass die Mitglieder demokratischer Gesellschaften mit Ungewissheiten (Beutel/Ruberg 2023), mit Unsicherheiten, mit nicht gelösten Herausforderungen, Aufgaben oder Problemen umgehen müssen. Konflikte und Streit in der Demokratie erzeugen die Notwendigkeit, gesellschaftliche Fragen – auch wenn sie als belastende Aspekte der politischen und sozialen Gemeinschaft wahrgenommen werden – akzeptieren zu können, ohne deshalb den Prozess und die bisweilen damit einhergehende Verzögerung in der Bewältigung politischer Aufgaben als negativ oder gar destruktiv anzusehen. Demokratie benötigt so gesehen auch die Fähigkeit ihrer Bürgerschaft, belastende – weil ungelöste – Faktoren in der Gesellschaft und in der subjektiven Wahrnehmung der Politik erkennen zu können sowie diesen Sachverhalt als Teil des demokratischen Prozesses und damit als zu akzeptierende Notwendigkeit (Schäfer 2017, 19) zu sehen: Das Ungelöste und noch nicht fertig Gedachte akzeptieren zu können, das ist „demokratische Resilienz“ (Merkel 2023). Die Politikwissenschaft spricht deshalb auch von der Notwendigkeit, eine „Resilienz der Demokratie“ (Dicke 2023) als Grundbestandteil der freiheitlichen Gesellschaft anzuerkennen und zu kultivieren.

Voraussetzung für demokratische Resilienz ist eine von Vertrauen geprägte Beziehungskultur innerhalb der Bürgerschaft. Hilfreich ist eine aktive Zivilgesellschaft, in der die gewaltfrei kultivierte Konfliktbereitschaft, das Aushalten und Aushandeln unterschiedlicher Positionen, aber auch Kompromisslosigkeit gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen ausgeprägt sind und entscheidungsbedeutsam werden. Die demokratische Resilienz steht angesichts gegenwärtiger Herausforderungen allerdings auf dem Prüfstand. Einige der markantesten dieser Herausforderungen sind der demografische Wandel, die Kommerzialisierung und Entstaatlichung öffentlicher Aufgaben, die Zunahme sozialer Ungleichheit sowie die Steigerung der Komplexität in allen Lebens- und Kommunikationsbereichen infolge der Globalisierung.

Viele demokratische Staaten erleben signifikante demografische Veränderungen. Dazu gehören eine alternde Bevölkerung und veränderte Migrationsmuster. Das Alterungsproblem kann zu einem Ungleichgewicht in der Bevölkerungsstruktur führen, wodurch junge Menschen jetzt und absehbar zukünftig eine größere finanzielle Last tragen müssen, als sie Partizipationsmacht etwa in den Wahlberechtigungsverhältnissen ihrer Generationen besitzen. Hier geraten also Leistung für die Demokratie und die Notwendigkeit einer entsprechenden



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

DEMOKRATIEPÄDAGOGIK &

DEMOKRATIEBILDUNG

JAHRBUCH
DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie

Herausgegeben von *Silvia-Iris Beutel* und *Christiane Ruberg*

dehus
PÄDAGOGIK

2023/24

hrsg. von Silvia-Iris Beutel und Christiane Ruberg
Jahrbuch Demokratiepädagogik & Demokratiebildung
ISBN 978-3-95414-203-3, 232 S., € 28,00
PDF: ISBN 978-3-95414-204-0, € 27,99



Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie

Krieg in Europa, Covid-Pandemie und Klimawandel. Die Ungewissheit unserer Zeit erfordert pädagogische Lösungsansätze. Doch wie können Schule und Demokratiepädagogik mit den Kindern und Jugendlichen resilienzstärkende Zukunftsperspektiven entwickeln? Der Band thematisiert Lösungsansätze aus Schulpädagogik, Didaktik, Sozialisationsforschung, Bildungsphilosophie und politischer Bildung sowie von Demokratiepädagogik und Demokratiebildung

Die Herausgeberinnen

Dr. phil. habil. Silvia-Iris Beutel, Professorin für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik, Lehr-Lernprozesse und empirische Unterrichtsforschung an der TU Dortmund. Mitglied in der Auswahljury des Deutschen Schulpreises und Gründungsmitglied im „Initiativzentrum für politische Bildung und kommunale Demokratie“ (IZBD).

Dr. phil. Christiane Ruberg, Akademische Rätin am Institut für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik der TU Dortmund. Lehrer*innenprofessionalität und Lehrer*innenbildung, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und digitale Schulentwicklung.



www.wochenschau-verlag.de

Form der Mitbestimmung aus dem Gleichgewicht. Die Migration bringt ebenfalls besondere Herausforderungen in Bezug auf Integration und sozialen Zusammenhalt mit sich. Die Bewältigung dieser demografischen Verschiebungen erfordert Anpassungen in den politischen und sozialen Systemen, wenn die Demokratie künftige Generationen als die ihren Interessen entsprechende politische Gestaltungsform überzeugen soll. Dazu gehören etwa die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und neue, teilweise privat zu finanzierende Formen der Altersvorsorge.

Überdies gibt es in vielen Demokratien einen Trend zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Leistungen. Obwohl dies in einigen Fällen Effizienzsteigerungen ermöglicht, besteht die Gefahr, dass die privatwirtschaftliche Bereitstellung essenzieller gesellschaftlicher Dienste zunehmend von Profitmotiven geleitet wird. Dies kann dazu führen, dass in der Kehrseite dieser Privatisierung die Interessen der Bürger*innen bei der Ausgestaltung dieser Leistungen weniger berücksichtigt werden, die öffentliche Verantwortung schwindet und die Demokratie an Akzeptanz verliert. Auch soziale Ungleichheit trägt stark dazu bei, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben – dies wird zwangsläufig zu Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft führen. Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wird die Wahrnehmung von Marginalisierung und Entfremdung verstärken. Dass eine solche Entfremdung den Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährdet und den Boden für populistische Bewegungen bereitet, kann in den westlichen Demokratien derzeit vielfach beobachtet werden. Nicht zuletzt hat die Globalisierung zu einer beispiellosen Vernetzung von Staaten geführt. Während dies Chancen für Wachstum und Zusammenarbeit bietet, bringt es auch neue Herausforderungen mit sich. Nationalstaatliche Entscheidungen werden häufig durch internationale Abkommen und Institutionen beeinflusst oder überformt – das ist eine stetig zunehmende Entwicklungstendenz. Auch dies trägt zu einem Gefühl des Kontrollverlusts bei den Bürger*innen bei, welches das Vertrauen in nationale demokratische Prozesse schwächt.

Gleichwohl muss Demokratie und demokratische Politik sich auch darin als funktional beweisen, dass sie Aufgaben bewältigt, dass der politische Prozess nicht allzu sehr stagniert, dass – so gesehen – Effizienz im Sinne der Fähigkeit erkennbar wird, die Probleme und Aufgaben der Gesellschaft auf Wegen und mit den Methoden demokratischer Politik und unter „zweckdienlichem und sparsamem“ Mitteleinsatz“ (Magdeburger Manifest 2007, Satz 5) zu lösen. Demokratie kann bisweilen langsam sein, doch muss sie die politischen Herausforderungen bearbeiten. Effizienz meint dann nicht das Tempo, sondern die Tiefe und Sachangemessenheit der politischen Aufgabenbewältigung.

Doch dabei bleibt immer auch der Konflikt in Sicht: „Demokratische Identität, unser demokratisches ‚Wir‘, entsteht nicht im Konsens, der immer implizit bleiben kann, sondern im expliziten Konflikt, der beide Seiten verbindet“ (Möllers 2008, 13, These 9). Der Konflikt ist insgesamt gesehen nicht nur ein unangenehmer Teil des politischen Prozesses, sondern das Bindemittel der Demokratie: „In dem Maße, wie sich die politischen Akteure über die Zielsetzung ihrer Gesellschaft streiten, betätigen sie sich auch als Mitglieder ein und derselben Gemeinschaft. Durch den Konflikt hindurch begründen sie ohne Aufgabe ihrer Gegnerschaft einen sie zugleich integrierenden symbolischen Raum“ (Dubiel 1997, 428). Der Grund dafür liegt darin, dass wir nur in der Abwägung kontroverser Positionen eine Lösung, einen Kompromiss oder eine von allen akzeptierte Perspektive erreichen.

Ohne Konflikt, könnte man zugespitzt sagen, besprechen und überlegen die Mitglieder eines Gemeinwesens gar nicht, was jeweils „herausfordernd“ ist, kommt der Gesellschaft im Ganzen die Wahrnehmung der politischen Aufgaben abhanden. „Konflikte sind politisch produktiv und ein zu großes Streben nach Konsens sogar eine Gefahr für die Demokratie“ (Westphal 2018, 12 f.). Gesellschaft und demokratische Politik können ohne Verständigung und deliberative Abwägung bei Herausforderungen, die sich als Konflikte manifestieren, gar nicht zu einer verbindlichen Lösung kommen, weil sie dann nicht streiten würden. Gesellschaftliche Verbindlichkeit als Ziel jeglicher Politik würde in einem solchen Fall anderweitig, absehbar auf autoritären Wegen und mittels bisweilen ungebremster Gewalt hergestellt werden.

3. Konflikt, Kontroverse, Streit, Gewalt, Toleranz, Kompromiss

Diese zentralen Begriffe Konflikt, Streit, Kontroverse und weitere, die sich im Umfeld dieser Kategorien befinden, haben jeweils eine gewichtige Bedeutungsgeschichte, die zum Verständnis ihrer aktuellen Formen in Demokratie und politischem Prozess der Moderne beitragen können. Holzschnittartig zusammengefasst, lässt sich folgendes festhalten: Das aus dem 18. Jahrhundert in den deutschen Sprachraum aus dem Lateinischen entlehnte Substantiv „Konflikt“ trägt in sich die Bedeutung „zusammenstoßen, zusammenschlagen“. Das Wort hat also sowohl ein sachlich-deskriptives als auch ein auf Konfrontation gerichtetes Bedeutungselement (Kluge/Seeboldt 2011, 522). Der Begriff der „Kontroverse“, schon im 17. Jahrhundert als Lehnwort im Deutschen zu finden, zielt in seiner Bedeutungsgeschichte auf so etwas wie „Auseinandersetzung“, vom

Bedeutungskern her im Sinne von „entgegengewandt, gegenüberliegend“ (ebd., 528). „Streit“ hingegen ist eine substantivische Abstraktbildung zu dem bereits alt- und mittelhochdeutsch zentralen Verb „streiten“. Der semantische Kern liegt hier in einem breiten Begriffsfeld von „schreiten“ und „spreizen“, also etwas auseinanderziehen und dabei tätig werden (ebd., 891). Das Wort hat sehr früh das Bedeutungsfeld von Krieg im Sinne einer massiven und tätlichen Kontroverse erreicht, stammt in seinem althochdeutschen Kerngebrauch jedoch aus dem Bedeutungsfeld „Meinungsverschiedenheit, Gegenrede“, also eher aus der Sphäre früher Rechtsprechung (vgl. Grimm Bd. 19, 1983, Sp. 1309).

Insgesamt sind für die drei Begriffe erhebliche Nuancierungen bezeichnend – sie eignen sich nicht zur unreflektierten Gleichsetzung. Der Begriff „Konflikt“ wirkt am stärksten, hat eine objektivierende Komponente in sich im Sinne einer Sache, die mehrere Aspekte enthält, welche gegeneinander wirken oder aufeinander treffen oder aufeinander gewalthaltig „schlagen“. Die Kontroverse nimmt das Gegeneinander wenigstens zweier Seiten auf und verweist in eine sprachliche, ideelle und gedankliche Polarität, die beispielsweise durch Diskurs, Debatte oder Deliberation entwickelt oder gar aufgelöst werden kann. Der Streit wiederum thematisiert mit langer sozialgesellschaftlicher Tradition das Ringen um Hoheit, um Sieg, um die Dominanz einer Perspektive oder Sache über die andere – bis in die verbreitet bellizistische Bedeutung, in der es dann um Krieg und Gewalt zwischen Menschen, Gruppen oder auch Staaten geht. Dann verbinden sich damit Verletzung, Tod, Kolonialisierung. Dies alles bezeichnet alte Aspekte einer Politik, der der Krieg eine Fortsetzung ihrer selbst mit anderen Mitteln ist, und die – allein der russische Überfall-Krieg in der Ukraine seit dem Frühjahr 2022 zeigt dies – in der Moderne noch keinesfalls überwunden sind.

Dieser knappe sprachgeschichtliche und etymologische Blick verweist vor allem darauf, dass diese drei Begriffe nicht deckungsgleich und beliebig austauschbar sind. Ins alltäglich-pädagogische gewendet, heißt dies beispielsweise: Die „Streitschlichter“ in der schulischen Pädagogik sind eben doch etwas anderes als eine „Kontroversen“ ausräumende Agentur – auch lassen sie sich mit Konfliktmediation nur unzureichend, jedenfalls nicht bedeutungsgenau beschreiben.

4. Konflikt – eine Grundkategorie sozialen und politischen Handelns

Konflikte sind soziale Phänomene und zugleich Grundlagen des politischen Lebens in pluralen Verhältnissen. Sie sind Erfahrungen des persönlichen Nahraums und Triebkraft politischer Entwicklungen im Guten wie im Schlechten. In der

Demokratietheorie hat sich insbesondere Ralf Dahrendorf für die grundlegende und demokratieproduktive Stellung des Konflikts in der modernen Gesellschaft stark gemacht: „In der außengeleiteten Gegenwart gilt der Kampf für die Durchsetzung des eigenen Interesses als unfein. Im Konflikt sehen viele daher vorzugsweise nicht die eigene Wirklichkeit, sondern die Krankheit der anderen. Dabei liegt in solcher Abweisung sozialer Konflikte ein doppelter folgenreicher Irrtum: Wer den Konflikt als eine Krankheit betrachtet, missversteht die Eigenart geschichtlicher Gesellschaften zutiefst; wer ihn in erster Linie ‚den anderen‘ zuschreibt und damit andeutet, dass er konfliktlose Gesellschaften für möglich hält, liefert die Wirklichkeit und ihre Analyse utopischen Träumereien aus. Jede ‚gesunde‘, selbstgewisse und dynamische Gesellschaft kennt und anerkennt Konflikte in ihrer Struktur; denn deren Leugnung hat ebenso schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft wie die Verdrängung seelischer Konflikte für den Einzelnen: Nicht wer vom Konflikt spricht, sondern wer ihn zu verschweigen sucht, ist in Gefahr, durch ihn seine Sicherheit zu verlieren“ (Dahrendorf 1961, 197 f.), heißt es mit sichtbarem Rekurs auf die tiefenpsychologische Dimension des Konfliktbegriffs.

Dieser frühe Text des Soziologen Dahrendorf ist unübersehbar von dem auf politische Veränderung und die Aufdeckung ungeklärter Herrschaftsverhältnisse gerichteten Tonfall dieser Zeit gezeichnet, der die nachfolgende Politisierung von Wissenschaft und Jugendkultur in den 1968er-Jahren schließlich geprägt hat. Zugleich ist Dahrendorfs Positionsnahme gegen totalitäre und auf scheinbar konfliktlose Vergemeinschaftung zielende Gesellschaftsformationen wie Nationalsozialismus und Stalinismus klar zu erkennen. Seine Analyse schwebt zunächst noch in den Krakenarmen der seinerzeit immer noch die Aufklärung über den Zivilisationsbruch des 20. Jahrhunderts verweigernde Zeitumstände. So gesehen ist die Deutung und Analyse des Begriffs Konflikt bei Dahrendorf zwar zeitbedingt und auch tendenziös, da sie individualpsychologische Strukturen in das Politische ohne weitere Abwägung transportiert. Stellt man diese Aspekte allerdings etwas weiter zurück, dann konturiert der soziologische Blick Dahrendorfs mit diesen Eckpunkten einer „Theorie sozialer Konflikte“ einen klaren Kern dessen, was für die Pädagogik, das Lernen und die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen von elementarer Bedeutung ist und damit eine entscheidende Grundlage für eine verhaltenswirksame und aufgeklärte politische Bildung und Demokratiepädagogik legt: Konflikte sind immer vorhanden, sie sind eine Essenz des sozialen Miteinanders. Das betrifft den großen Rahmen politischen und gesellschaftlichen Lebens genauso wie die Ebene individuellen Daseins und der damit verbundenen zwischenmenschlichen

Kommunikation und Beziehungen. So wie die Verdrängung von intrapersonellen Konflikten zu schweren Belastungen für den Einzelnen führen kann und so wie die Unfähigkeit, Konflikte im Miteinander der Menschen innerhalb sozialer und unmittelbar erlebbarer Gesellungen in Familie, Arbeitsplatz und Schule kommunikativ zu bearbeiten und aufzulösen in soziale Vereinsamung münden kann, so müssen auch Konflikte auf den verschiedenen Ebenen des politischen und sozialen Lebens innerhalb der Gesellschaft strukturiert und rational bearbeitet werden – sonst ist der politischen Krise und möglicher Irrationalität gesellschaftlichen Handelns Tür und Tor geöffnet.

Gesellschaftliche und politische Konflikte müssen deshalb durch politische Entscheidungen konstruktiv weitergeführt oder gar aufgelöst werden können. Diese Spannung von der für offene Gesellschaften konstitutiven Konstante des Konflikts bis hin zu der Herausforderung, als Subjekt Konflikte erkennen, analysieren und bearbeiten zu können, ist Ausgangspunkt der demokratiepädagogischen Herausforderung und der politischen Bildung. Das ist auch in den Reflexionen der „radikalen Demokratietheorie“ zu erkennen, etwa wenn Chantal Mouffe auf diese demokratiekonstituierende Funktion des Konflikts verweist, weil sie betont, „dass die Anerkennung der Untilgbarkeit der Konfliktdimension im gesellschaftlichen Leben keineswegs das demokratische Projekt untergräbt, sondern vielmehr die notwendige Voraussetzung ist, die Herausforderungen demokratischer Politik in den Griff zu bekommen“ (Mouffe 2017, 10).

5. Konflikt und politische Bildung

Ein Blick in die Traditionslinien der Didaktik politischer Bildung zeigt eine langanhaltende Orientierung am Konflikt als Ausgangs- und Brennpunkt politischen Lernens. Die Ursprünge der Konfliktorientierung in der politischen Bildung lassen sich bis zu Rudolf Engelhardt ins Jahr 1964 zurückverfolgen (Engelhardt 1964). In Abgrenzung zur Partnerschaftspädagogik Oetingers (1951), der Konflikte als zwischenmenschliche Kommunikations- und Kooperationsstörungen deutete, griff Engelhardt die Konflikttheorie Ralf Dahrendorfs auf und sah in Konflikten ein zentrales Element der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch Hermann Giesecke, der heute als Begründer der Konfliktdidaktik gilt (Blasche 2021, 125), entwickelte diese zunächst in mehr oder weniger starken Anlehnung an die soziologischen Theoriekonzepte Ralf Dahrendorfs (Pohl 2011). Wie schon Dahrendorf geht Giesecke davon aus, dass Politik sich in politischen Konflikten manifestiert. Später orientiert er sich stärker am Konfliktbegriff der



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITIK UNTERRICHTEN



Demokratiebildung in der Schule

Mit den Debatten über die Krise der Demokratie ist auch die Aufgabe der Schulen, die Demokratiebildung der jungen Generation zu fördern, wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wie kann Demokratiebildung in der Schule gestaltet werden? Wie sieht eine gelingende Demokratiebildung aus? Welche Kompetenzen und Inhalte sind dabei zu vermitteln? Diesen Fragen nehmen sich Autor*innen verschiedener Disziplinen an und laden zur Diskussion über geeignete Ansätze des Demokratielernens ein.

hrsg. von Helmar Schöne und Gordon Carmele
ISBN 978-3-7344-1596-8, 216 S., € 21,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1596-4, € 20,99



Die Herausgeber

Prof. Dr. Helmar Schöne lehrt Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der PH Schwäbisch Gmünd.

Dr. Gordon Carmele ist Akademischer Rat in der Abteilung Politikwissenschaft an der PH Schwäbisch Gmünd.



www.wochenschau-verlag.de

Kritischen Theorie (Blasche 2021, 126): „Der Eintritt in die jeweils historisch dimensionierte politische und pädagogische Praxis erfolgt nun in der Regel nicht an irgendwelchen beliebigen Stellen, sondern vorzugsweise dort, wo politische und gesellschaftliche Konflikte offenbar werden. Dass es solche Konflikte unvermeidlich geben muss, resultiert schon aus dem noch nicht zu Ende [...] geführten historischen Demokratisierungsprozess und daraus, dass die formalen Gleichheitschancen des Grundgesetzes über weite Strecken noch nicht für alle realisiert sind. Politik wird also konkret in politischen Auseinandersetzungen [...]. Solche Konflikte basieren auf gesellschaftlichen Widersprüchen, sind letztlich also nicht nur ein Produkt von Meinungsverschiedenheiten.“ (Giesecke 1973, 143). Giesecke thematisiert dabei in Anlehnung an Karl Marx immer wieder den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und trifft damit den Zeitgeist, was zu einer großen Verbreitung seiner Konfliktdidaktik in dieser Zeit führt (Juchler 2011, 101). Mit Hilfe von elf Kategorien, die in einen Leitfaden umgewandelt werden, wird der Konflikt dann entsprechend analysiert. Die elf zentralen Kategorien sind: Konflikt, Konkretheit, Macht, Recht, Interesse, Solidarität, Mitbestimmung, Funktionszusammenhang, Ideologie, Geschichtlichkeit und Menschenwürde. Sie dienen dazu, die Fülle der Phänomene auf das Wesentliche zu reduzieren, ermöglichen eine leichtere Strukturierung von neuen Informationen und eröffnen die Chancen auf einen Transfer in der politisch bildsamen Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen, aber auch offensichtlicher Konflikte gar solcher von klassen- oder schichtenspezifischer Provenienz.

Auch Rolf Schmiederer stellt die Bedeutung des Konflikts für die politische Bildung heraus. „Um das Interesse der Schüler am Inhalt des politischen Unterrichts zu gewinnen, ist es entscheidend, dass politische und gesellschaftliche Konflikte zum Gegenstand des politischen Unterrichts gemacht werden. So wie das politische Leben durch die Auseinandersetzung um divergierende Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bestimmt ist, so muss auch der politische Unterricht die kontroversen Positionen und die gesellschaftlichen Widersprüche zu seinem zentralen Gegenstand machen.“ (Schmiederer 1977, 102). An Gieseckes Anwendung und didaktischer Strukturierung der Kategorie „Konflikt“ kritisiert Schmiederer die Gleichsetzung aller Kontroversen und Probleme mit Konflikten. „Sieht man den ‚aktuellen Konflikt‘, der Gegenstand des politischen Unterrichts sein soll, allein in solchen Problemen, die durch Massenmedien ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden und dort allgemeines Interesse erregen, so besteht die Gefahr, dass gerade die Grundwidersprüche und Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft nicht ins Blickfeld geraten.“ (Schmiederer 1972, 113). Deshalb kommt der Auswahl der Konflikte bei Schmiederer

eine ganz besondere Bedeutung zu, denn die Bearbeitung der Konflikte müsste „Erkenntnisse über gesamtgesellschaftliche Strukturzusammenhänge ermöglichen, dass die hinter den Konflikten stehenden gesellschaftlichen Interessen und Machtpositionen aufgedeckt werden können.“ (Schmiederer 1977, 103). Sibylle Reinhardt hat in ihrer Didaktik auf Grundlage vor allem von Gieseckes Überlegungen eine im Unterricht anwendbare Schrittfolge für die Konfliktanalyse konstruiert (Reinhardt 2019; s. auch Heindl in diesem Band).

Auch heute wird die Konfliktorientierung als eine Grundkonstante politischen Lernens gesehen. So schreibt die Autorengruppe Fachdidaktik in ihrer Einführung: „Demokratische politische Systeme sind Konflikt-Systeme, [...] Streit, Konkurrenz und Kampf bedürfen des Konsenses über das friedliche Austragen der Konflikte. Und zwar sowohl auf der Seite der Institutionen als auch auf der Seite der Bürger und Bürgerinnen. Konflikte und Konsens bedingen einander – die Dialektik bestimmt politisches Leben und Lernen.“ (Autorengruppe Fachdidaktik 2015, 23) Schrader und Lange weisen allerdings darauf hin, dass Konfliktorientierung nicht nur eine Aufgabe des Politikunterrichts sei, sondern „ein wesentliches Element einer fächerübergreifenden Demokratiebildung“ (Schrader/Lange 2021, 9) darstellen muss.

6. Konflikt in der Demokratiepädagogik – Streitschlichtung und anderes?

Wenn es um Konflikte und deren reflektierte Bearbeitung in der Schule geht, fällt sofort das Stichwort der Schüler*innenstreitschlichtung. Die Streitschlichtung in der Schule ist eine Ergänzung zu anderen bewährten und inzwischen etablierten Ansätzen der Demokratiepädagogik und einer besonderen Form des alltäglichen sozialen Umgangs in der Schule und der beobachtungsgenauen Reflexion zwischenmenschlicher Machtverhältnisse in dieser Institution durch die Lernenden selbst. Streitigkeiten und Konflikte werden als Störfaktor im schulischen Miteinander gesehen, weil sie zur Exklusion und Diskriminierung beitragen können sowie eine stetige und massive Quelle von Lern- und Unterrichtsstörungen sind. Ziel der Streitschlichtung als Methode und partizipativer Ermächtigung der Schüler*innen gegenüber den eigenen Peers sowie der sozialen Alltagserfahrung in der Schule ist es, Kompromisse bei Differenzen, sach- oder verhaltensbezogenen Streitigkeiten auf dem Wege eines geregelten Mediationsverfahrens – also in einem professionell abgesicherten formalen Setting, aber noch weit vor den rechtlichen Regelungen der verfassten Schule zu erreichen (Rademacher 2019).

Hierbei spielen dann Formen der Peer-Education eine zentrale Rolle. Bei diesem Ansatz treten Heranwachsende für die eigenen Belange ein und engagieren sich für andere Kinder und Jugendliche. Damit dies möglich ist, geben die Lehrkräfte bereichsspezifische Kompetenzen ab und ermöglichen den Schüler*innen so die Wahrnehmung und Übernahme eigener Verantwortung für diese Fälle und Situationen. Die Inanspruchnahme der Streitschlichtung ist freiwillig. Ziel ist, dass über Streitschlichtungsverfahren Einstellungen und Fähigkeiten zur gewaltfreien Lösungsfindung in der Schulgemeinschaft verankert werden.

Die Schule ist bekanntlich nicht nur eine Institution des Lernens und Unterrichts, sondern ein Lebens- und Erfahrungsraum – dies gilt zumal aus demokratiepädagogischer Perspektive. Damit hängt eine auf breiter pädagogischer Linie geteilte Einsicht in die Funktionalität der Institution Schule in Blick auf ihren gesellschaftlichen Charakter von Reproduktion, Allokation und Selektion zusammen: Schule ist Spiegelbild und Brennpunkt zugleich der demokratischen Leistungsgesellschaft – sie ermöglicht potenziell jedem alles und unterliegt dennoch den sozialen Grenzziehungen differenzierender liberaler Gesellschaften. Sie fördert und fordert Gerechtigkeit und verletzt sie zugleich – das ist ein Teil des andauernden Dramas institutionalisierter Erziehung. Sie löst Konflikte und schafft ständig wieder andere, bisweilen auch stetig wiederkehrende Konfliktlagen. Die Vielfalt von erfahrbaren Konflikten und damit das breite Feld an Lernsituationen und Gelegenheitsstrukturen für den konstruktiven und kompetenzerweiternden Umgang damit müssen deshalb zielgenau in den Blick genommen werden. Bei einer solchen Blickrichtung stößt man beispielsweise schnell auf die Praxis und Auswirkungen von Leistungsbeurteilungen und der dabei etablierten oder unterlassenen Rückmeldungen oder gar Beteiligungsformen der beurteilten Lernenden (Beutel/Beutel 2010).

Ein besonderer, aber kaum bzw. zumindest viel zu selten thematisierter Konfliktherd liegt im Bildungswesen generell in der anhaltenden Chancen- und damit Bildungungerechtigkeit, die die deutsche Schule kennzeichnet. Chancengerechtigkeit verwirklicht sich in der Bestrebung, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in der Schule so zu fördern, dass die herkunftsbedingte Benachteiligung nicht über Schulabschluss und Bildungslaufbahn entscheidet. Dies gehört zu den demokratischen Anforderungen, die im Diskurs eines sozialstaatlichen Modells der Gesellschaftsorganisation eine zentrale Rolle spielen sollten und ist – spätestens seit Ende der 1960er-Jahre und der Einführung der Gesamtschulen mit der Zielrichtung als „demokratische Leistungsschulen“ (Sander et al. 1967), so die Begründung eines ursprünglich angestrebten integrativen Konzepts – bis heute ein Stichwort, das durch die anhaltende Reproduktion

von Ungleichheit und Benachteiligung konterkariert wird. Denn alle Vergleichsuntersuchungen, zuletzt die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 (Stanat et al. 2022, 177 ff.) verweisen eher darauf, dass der enge Zusammenhang zwischen Lernerfolg und sozialer Herkunft der Kinder und Jugendlichen – und damit massiv der den Sozialstatus stabilisierenden oder gar festschreibenden Bias – in der deutschen Schule erneut zugenommen hat.

In dieser Hinsicht ist die demokratische Frage so offen wie nie – und eine mögliche Lösung struktureller Ungerechtigkeiten im Bildungsweg für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche weiter entfernt denn je. Der anhaltende soziale Konflikt, der hierin liegt, betrifft die strukturellen Mechanismen unseres Bildungswesens, die Mehrgliedrigkeit der Schulorganisation und die nach wie vor elitenförderliche Orientierungskraft des gymnasialen Leitbilds, welches das gegliederte Schulwesen in Deutschland nach wie vor entscheidend prägt. Hier liegt seit langem ein breites Aufgabenfeld einer demokratisch orientierten Schule sowie einer entsprechenden politischen Bildung und Demokratiepädagogik (vgl. Hedtke in diesem Band).

7. Zusammenfassung und Folgerungen

Zusammenfassend können wir festhalten, dass der Konflikt für die Demokratie ein besonders gewichtiger Integrationsfaktor ebenso wie der beständige Anlass um das Ringen für effektive und sachgebotene Lösungen für die jeweils verhandelte politische Aufgabe darstellt. Konflikte und Kontroversen sind – das ist politikwissenschaftlich und soziologisch gesehen natürlich nichts Neues – das Salz in der Suppe demokratischer Verfahren und Entscheidungsprozesse ebenso wie vor allem der dahinter stehenden Aufgaben und zu lösenden Herausforderungen. Es kann also gar nicht darum gehen, Konflikte zu vermeiden oder sie zu befrieden. Vielmehr eröffnen sie die Herausforderung und die Aufgabe, im politischen Prozess zu entsprechenden Lösungen nach geregelten Verfahren und unter Beteiligung der politischen Institutionen sowie der Zivilgesellschaft zu kommen.

Für die politische Bildung heißt dies, über die Einsichten und Stärken der politischen Konfliktausprägung und dieser verbindenden Konstante demokratischer Verfassung, Verfahren und vor allem demokratischer Haltungen und Wertvorstellungen zu informieren sowie bestehende Konflikte immer wieder neu zu thematisieren. Für die Demokratiepädagogik bringt es mit sich, Konflikte zu verstehen, einen genauen Begriffsgebrauch zu üben und in politisch-demokratischen Handlungskontexten entsprechende Projekte durchführen und

analysieren zu können. Für alle pädagogischen Handlungsbereiche insbesondere in der Schule zieht es das Erfordernis nach sich, den potenziell und scheinbar natürlich bedingten „negativen“ Charakter des Konflikts zu hinterfragen und seine differenzierte Natur im Spannungsfeld der Pluralität liberaler Gesellschaften und der Verschiedenheit der Menschen zu thematisieren.

Besonderes Gewicht kommt dabei der Kultivierung von Strategien des Konfliktaustrags und der Erfordernis zu, Gewalt als Strategie der Konfliktlösung zu vermeiden sowie im verfassten und rechtlich geregelten Gewaltmonopol der staatlichen Institutionen aufzuheben. Eine Erfahrung jedoch lässt sich festhalten und erlaubt einen abschließenden Rückgriff auf Ralf Dahrendorfs frühe und totalitarismuskritische Konflikttheorie: „Mit den Kategorien der Theorie des Konflikts lässt sich auch der idealtypische Gegensatz von demokratischen und totalitären Staatsformen präzisieren. Demokratie und Totalitarismus sind unter einem Aspekt nichts anderes als zwei Weisen der Behandlung sozialer Konflikte: Der Totalitarismus beruht auf der (oft als ‚Lösung‘ ausgegebenen) Unterdrückung, die Demokratie auf der Regelung von Konflikten“ (Dahrendorf 1961, S. 231 f.).

Dieser Grundgedanke ist heute so aktuell wie anfangs der 1960er-Jahre. Für die damit verbundene Aufgabe politischer Bildung und demokratischer Erziehung gilt dies ebenfalls, sie ist aktuell und dringlicher denn je. Die schulische Auseinandersetzung mit dem Konflikt-Thema kann hierbei eine gute Unterstützung leisten – eine umfassende Lösung dieser Frage für Demokratiepädagogik und politische Bildung ist gleichwohl nicht in Sicht.

Literatur

- AUTORENGRUPPE FACHDIDAKTIK** (2015): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts.
- BEUTEL**, Silvia-Iris/Beutel, Wolfgang (Hg.) (2010): Beteiligt oder bewertet? Leistungsbeurteilung und Demokratiepädagogik. Schwalbach/Ts.
- BEUTEL**, Silvia-Iris/Ruberg, Christiane (Hg.) (2023): Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie. 1. Jahrbuch Demokratiepädagogik & Demokratiebildung 2023_24, Frankfurt/M.
- BLASCHE**, Ralph (2021): Kritische Konfliktorientierung und Mündigkeit – Reflexionen, gesellschaftliche Fundierungen und bildungspraktische Implikationen. In: Wohnig, Alexander (Hg.): Politische Bildung als politisches Engagement. Überzeugungen entwickeln – sich einmischen – Flagge zeigen. Frankfurt/M., S. 123–141.
- BÖCKENFÖRDE**, Ernst-Wolfgang (1967/1976): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation (1967), in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang Hg.): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt/M. 1976, S. 42–64.

- DAHRENDORF, Ralf** (1961): *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*. München.
- DAHRENDORF, Ralf** (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. Stuttgart 1992 (Neuausgabe der urspr. 1988 erstmals erschienenen englischen Ausgabe).
- DICKE, Klaus** (2023): *Über die Resilienz in der Demokratie. Zur Kultur freiheitlicher Politik*. Freiburg i. B.
- DUBIEL, Helmut** (1997): *Unversöhnlichkeit und Demokratie*. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens-zur Konfliktgesellschaft*, Bd. 2. Frankfurt/M., S. 425–444.
- ENGELHARDT, Rudolf** (1964): *Politisch bilden – aber wie?* Essen.
- GIESECKE, Hermann** (1973): *Didaktik der politischen Bildung*. 8. Auflage. München.
- GRIMM, Jacob und Wilhelm** ([1957]1983): *Deutsches Wörterbuch*. Bd. 19: *Stob – Strollen*. dtv-Ausgabe. München.
- JUCHLER, Ingo** (2011): *Der Konflikt – Kategoriale Politikdidaktik bei Hermann Giesecke*. In: May, Michael/Schattschneider, Jessica (Hg.): *Klassiker der Politikdidaktik neu gelesen. Originale und Kommentare*. Wochenschau Verlag: Schwalbach/Ts., S. 91–113.
- KLUGE, Friedrich/Seeboldt, Elmar** (2011): *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. 25. überarb. und erw. Auflage. Berlin.
- MAGDEBURGER MANIFEST** (2007): In: Beutel, Wolfgang/Fausser, Peter (Hg.): *Demokratiepädagogik*. Schwalbach/Ts., S. 200–202.
- MAU, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus** (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin
- MERKEL, Wolfgang** (2023): *Im Zwielficht: Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*. München.
- MÖLLERS, Christoph** (2008): *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. Berlin.
- MOUFFÉ, Chantal** (2017): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt/M.
- NASSEHI, Armin** (2023): *Konflikt*. In: (Ders.): *Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar der öffentlichen Rede*. München, S. 176–188.
- OETINGER, Friedrich (Wilhelm, Theodor)** (1951): *Wendepunkte der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe*. Stuttgart.
- POHL, Kerstin** (2011): *Gesellschaftstheorie in der Politikdidaktik. Die Theorierezeption bei Hermann Giesecke*. Schwalbach/Ts.
- RADEMACHER, Helmolt** (2019): *Mediation in der Schule*. In: Gloe, Markus/Rademacher, Helmolt (Hg.): *Demokratische Schule als Beruf*. 6. Jahrbuch *Demokratiepädagogik*. Frankfurt/M., S. 258–265.
- REINHARDT, Sibylle** (2019): *Politik-Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II*. Berlin.

- SANDER**, Theodor/Rolff, Hans-Günter/Nunner-Winkler, Gertrud (1967): Die demokratische Leistungsschule. Zur Begründung und Beschreibung der differenzierten Gesamtschule. Hannover/Berlin/Darmstadt/Dortmund.
- SCHÄFER**, Brigitte (2017): Resilienz. Stuttgart.
- SCHMIEDERER**, Rolf (1972): Zwischen Affirmation und Reformismus. Politische Bildung in Westdeutschland seit 1945. Frankfurt/M.
- SCHMIEDERER**, Rolf (1977) Zur Kritik der Politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des Politischen Unterrichts. 6. Auflage. Frankfurt/M.
- SCHRADER**, Arne/Lange, Dirk (2021): Orientierung am Konflikt. Zu einem grundlegenden Prinzip der Demokratiebildung. In: Schulmagazin 5–10, H. 4, S. 7–11.
- STANAT**, Petra/Schipolowski, Stefan/Schneider, Rebecca/Sachse, Karoline A./Weirich, Sebastian/Henschel, Sofie (Hg.) (2022): IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster.
- WESTPHAL**, Manon (2018): Die Normativität agonaler Politik. Konfliktregulierung und Institutionengestaltung in der pluralistischen Demokratie. Baden-Baden.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

DAS STANDARDWERK

FÜR DIE DEMOKRATIEPÄDAGOGIK

Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann,
Dirk Lange, Volker Reinhardt, Anne Seifert (Hg.)

HANDBUCH DEMOKRATIE- PÄDAGOGIK

dehus
PÄDAGOGIK



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

hrsg. von Wolfgang Beutel, Markus Gloe,
Gerhard Himmelmann, Dirk Lange,
Volker Reinhardt und Anne Seifert

ISBN 978-3-95414-185-2, 804 S., € 59,90

PDF: ISBN 978-3-95414-186-9, € 58,99



Das Handbuch informiert umfassend zur Demokratiepädagogik, ihren Arbeitsfeldern, ihrer Wirkung und Geschichte sowie zum aktuellen Forschungsstand. Wer hier fundiert mitreden möchte, findet in diesem Standardwerk Informationen und Argumente. Das Handbuch gehört in jede erziehungswissenschaftliche sowie schulpädagogische Bibliothek.

Fast 70 Autor*innen tragen zu diesem Standardwerk bei, das in keiner erziehungswissenschaftlichen oder schulpädagogischen Bibliothek fehlen sollte. Auch in der Lehramtsausbildung ist dieses Handbuch ein unverzichtbarer Bestandteil.

Die Herausgeber*innen

Dr. Wolfgang Beutel, Institut für Didaktik der Demokratie und Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Markus Gloe, Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. (i. R.) Dr. Gerhard Himmelmann, Institut für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig

Prof. Dr. Dirk Lange, Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien und Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Volker Reinhardt, Direktor des Instituts für Geschichts- und Politikwissenschaft, PH Freiburg

Dr. Anne Seifert, Arbeitsstelle für Diversität und Unterrichtsentwicklung, Goethe-Universität Frankfurt



www.wochenschau-verlag.de

Entdecken Sie die facettenreiche Welt der Konflikte und deren essenzielle Rolle in der Demokratiebildung. Dieser Band beleuchtet, wie Konflikte, von internationalen Auseinandersetzungen bis hin zu Generationenkonflikten, nicht nur Herausforderungen darstellen, sondern auch Chancen für demokratische Prozesse und Bildung bieten. Expert*innen untersuchen die Dynamik von Konflikten in Schulen, die Bedeutung ökonomischer Ungleichheit und die Rolle von Religion in der Demokratiepädagogik. Mit praxisnahen Beispielen zeigt dieser Band auf, wie Konflikte Motor demokratischen Lernens sein können.

Die Reihe wird herausgegeben von

Silvia-Iris Beutel, Wolfgang Beutel, Matthias Busch, Markus Gloe und
Christiane Ruberg

ISBN 978-3-95414-211-8